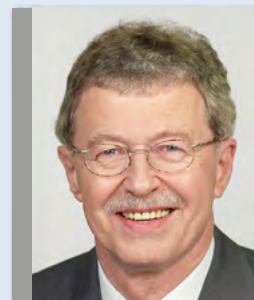


Standpunkte

Meinungen zum Schwerpunkt „Verfassungsschutzgesetz“



Thomas Stotko
(SPD)



Theo Kruse
(CDU)

Die Gefahr, die von minderjährigen Extremisten ausgeht, ...

... ist gestiegen und darf nicht unterschätzt werden.

... ist vor allem im Bereich des Islamismus zuletzt massiv gestiegen. In Nordrhein-Westfalen hat sich die Zahl der minderjährigen Salafisten allein in den vergangenen beiden Jahren verdoppelt. Welches Gefährdungspotenzial damit einhergeht, hat der erst kürzlich von einer Gruppe minderjähriger Salafisten verübte Terroranschlag auf einen Sikh-Tempel in Essen auf dramatische Weise vor Augen geführt.

Altersgrenzen zur Datenspeicherung ...

... müssen abgewogen werden zwischen dem Schutz von Minderjährigen und dem berechtigten Interesse der Minimierung eines sicherheitspolitischen Risikos.

... sind verfassungsrechtlich gerade nicht geboten. Im Gegenteil: Das Verfassungsrecht streitet sogar für einen Schutz der Jugend vor einer Radikalisierung. Die CDU-Fraktion hat deshalb bereits am 3. Mai 2016 – also gut einen Monat vor der rot-grünen Landesregierung – einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine Absenkung der derzeit bestehenden Altersgrenze von 16 auf 14 Jahre vorsieht.

Datenschutzrechtlich ...

... bestehen keine Bedenken, wenn die Erfassung, Nutzung und Löschung der Daten eindeutig und mit der geringsten Eingriffsintensität geregelt sind.

... ist die Speicherung personenbezogener Daten von Minderjährigen, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, unbedenklich. Bei allem Verständnis für datenschutzrechtliche Belange muss der Schutz von Leben und körperlicher Unversehrtheit immer Vorrang vor dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung genießen.

Um Kinder und Jugendliche vor extremistischen Einflüssen zu schützen, ...

... hilft die Speicherung von Daten Minderjähriger wenig. Eine präventive vorsorgende Kinder- und Jugendpolitik, ein engmaschiges Netz von Angeboten für Kinder und Familien und ein offener Diskurs mit gesellschaftlich relevanten Gruppen und der Zivilgesellschaft über die latente Gefahr extremistischer Einflüsse sind das Gebot der Stunde.

... bedarf es einer ganzheitlichen Strategie, die neben repressiven Maßnahmen auch eine flächendeckende Präventionsarbeit in Schulen und Moscheegemeinden umfasst. Daran hapert es in Nordrhein-Westfalen gewaltig. Die Folge: Seit dem Amtsantritt von Innenminister Jäger hat sich die Anzahl der Salafisten in NRW von 500 auf über 2.700 mehr als verfünffacht.



Verena Schäffer
(GRÜNE)



Marc Lürbke
(FDP)



Frank Herrmann
(PIRATEN)

... ist in den vergangenen Jahren aufgrund einer steigenden Radikalisierung und Gewaltbereitschaft bei Minderjährigen, insbesondere im gewaltbereiten Salafismus und im Rechtsextremismus, gestiegen. Es handelt sich hierbei jedoch um eine absolute Minderheit. Die allergrößte Zahl der Jugendlichen steht für eine demokratische und vielfältige Gesellschaft.

... wächst leider zunehmend, da radikale Islamisten mittlerweile ganz bewusst besonders jüngere Zielgruppen ansprechen, um diese für ihre kruden Ideologien zu instrumentalisieren. Neben wirksamer Präventionsarbeit müssen daher auch Möglichkeiten zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz mit Maß und Mitte sowie im Einklang mit der Verfassung an diese besorgniserregende Entwicklung angepasst werden.

... darf grundsätzlich nicht unterschätzt werden. Sie darf aber auch nicht dazu genutzt werden, um dem Staat einen Freibrief zur Verletzung der Grundrechte einer besonders schutzbedürftigen Gruppe unserer Gesellschaft auszustellen. Hier werden ohne Not Gesetzesänderungen vorgenommen, denen immanent ist, das Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen.

... sind notwendig, weil Minderjährige besonders schutzbedürftig sind. Deshalb wollen wir als Fraktionen von SPD und Grünen eine Altersgrenze von 14 Jahren einziehen und die Datenspeicherung auf ihre Wirksamkeit hin evaluieren lassen. Darüber hinaus muss der Verfassungsschutz die Möglichkeit nutzen, Jugend- und Sozialämter zu informieren, damit den Jugendlichen Hilfen angeboten werden können.

... müssen gründlich hinterfragt und sinnvoll festgesetzt werden. Es darf nicht passieren, dass die Festsetzung einer solchen Altersgrenze das Problem möglicherweise in noch jüngere Altersgruppen verlagert.

... sind klare und nachprüfbare Regeln für die Arbeit des Verfassungsschutzes. Eine Senkung auf 14 Jahren ist aber der falsche Weg, mit diesen Jugendlichen umzugehen. Anstatt diese Jugendlichen durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen, müssen andere Stellen handeln und sie aus dem schädlichen Umfeld herausholen.

... ist die Erweiterung der Möglichkeit zur Speicherung personenbezogener Daten auf weitere Personengruppen natürlich problematisch. Der Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung ist hinsichtlich des Datenschutzes verhältnismäßig, da er enge Voraussetzungen für die Speicherung von Daten Minderjähriger und strenge Löschrufen vorsieht.

... ist sicherzustellen, dass der Staat sich auf die Kontrolle der Gefährder beschränkt, statt pauschal alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht zu stellen. Die besonders sensiblen Daten über Jugendliche müssen unbedingt strengsten Zugriffsregeln unterliegen. Die Freien Demokraten möchten, dass die Freiheit des Einzelnen geschützt, der Staat aber nicht seiner Wehrhaftigkeit beraubt wird.

... und auch jugend- und kinderschutzrechtlich ist dieses Gesetz höchst bedenklich und problematisch. Es können personenbezogene Daten von unbeteiligten Dritten gespeichert werden und Daten der Kinder und Jugendlichen können zwischen verschiedenen Behörden ausgetauscht werden. Die Löschung nach 2 bis 5 Jahren wird damit unkontrollierbar. Zudem ist die Weitergabe ins Ausland unregelt.

... braucht es Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen sowie Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung. Unser Schwerpunkt bleibt die Prävention besonders durch Jugendarbeit. Dabei müssen immer auch die Belange von Mädchen in den Blick genommen werden, da der Anteil der Frauen und Mädchen im gewaltbereiten Salafismus weiter steigt.

... müssen frühzeitig Präventionsmaßnahmen greifen – und zwar bevor Jugendliche radikalisiert werden. Vor allem muss beantwortet werden, weshalb eine Radikalisierung von bei uns geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen innerhalb unserer Gesellschaft erfolgen kann. Außerdem muss konsequenter mit allen Mitteln des Rechtsstaates gegen die teilweise sogar bekannten Hintermänner und geistigen Brandstifter der Radikalisierungsprozesse vorgegangen werden.

... muss unsere Gesellschaft ihnen positive Leitbilder, Vorbilder und Perspektiven vermitteln. Außerdem muss immer wieder an die Notwendigkeit der Vermittlung von Medienkompetenz erinnert werden. Akzeptanz und echter Respekt zu Menschen mit Migrationshintergrund fördern die Gemeinschaft und lassen keinen Raum für extremistische Gedanken.